

Policy Paper

Was die Kommunalwahlen für demokratisch Engagierte bedeuten – und was es jetzt braucht

Am 26. Mai und 9. Juni 2024 wurden in neun Bundesländern u.a. Bürgermeister*innen, Landräte und Kreistage neu gewählt. Die Ergebnisse sind alarmierend: Die extrem rechte AfD hat in allen Bundesländern deutlich zugelegt. In vielen Regionen Ostdeutschlands ist sie stärkste Kraft und hat damit reale Machtoptionen, insbesondere in den Kommunen und Landkreisen.

Was bedeutet das für Menschen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus engagieren und Haltung zeigen für eine solidarische Gesellschaft? Was können demokratische Parteien, Medien und wir alle jetzt tun? Wir haben nachgefragt: bei den Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und bei demokratisch Engagierten in den betroffenen Bundesländern.

Was sind die Folgen für Engagierte?

- **Weniger Rückhalt:** Das demokratische „Wir sind mehr“ gilt in einigen Regionen nicht mehr. Damit verändert sich die Art, wie im Stadtrat und am Gartenzaun über Probleme gesprochen wird. Menschen, die sich demokratisch engagieren, sind mehr und mehr auf sich allein gestellt.
- **Mehr Verunsicherung:** Seit jeher versucht die AfD mit parlamentarischen Anfragen, Demokratieprojekte unter Druck zu setzen. Diese Anfragen werden zunehmen. Dort, wo die AfD mehrheitsfähig ist, kann sie Fördermittel streichen. Einigen Projekten könnte das Aus drohen, andere werden sich noch öfter für ihr Engagement rechtfertigen müssen.
- **Mehr Bedrohungen, mehr Gewalt, mehr Angst:** Viele demokratisch Engagierte müssen schon jetzt um ihre Sicherheit bangen – insbesondere dort, wo es keine starke demokratische Zivilgesellschaft gibt. Diese Gefährdungslage wird sich verschärfen. Einige überlegen, ihren Wohnort zu verlassen oder ganz auszuwandern. Diejenigen, die bleiben und sich weiter engagieren, müssen dafür noch mehr Mut aufbringen.
- **Haltung zeigen – jetzt erst recht:** Trotz der Gefahren sind viele Engagierte entschlossen, gerade jetzt stärker gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aktiv zu sein und sich mit anderen demokratischen Initiativen zu vernetzen.



Bei uns ähnelt die Situation den 90er Jahren: Bedrohung im öffentlichen Raum, Übergriffe auf Andersdenkende. Ich befürchte eine Zunahme dieser Übergriffe. Wir werden weitermachen, aber unsere Sicherheit wird noch mehr der Vergangenheit angehören.

Dorothea aus Zittau, Sachsen

Wenn es zu einem faschistisch dominierten Mehrheitsverhältnis kommt, werde ich meinen Firmensitz in ein anderes Bundesland verlegen. Auch würde ich in Erwägung ziehen, aus Deutschland auszuwandern, sollten die Gewinne den Beginn einer bundesweiten Tendenz abbilden.

Johannes aus Schwerin, Mecklenburg-Vorpommern

Wir müssen uns noch mehr vernetzen und zusammenarbeiten, damit die menschenverachtende, antidemokratische Tendenz eingedämmt werden kann. Angst ist kein guter Berater.“

Heidi aus Bodenheim, Rheinland-Pfalz¹

¹ Weitere Zitate von Engagierten sind hier nachzulesen: <https://bundesverband-mobile-beratung.de/artikel/kommunalwahlen-welche-folgen-haette-ein-afd-gewinn-fuer-demokratisch-engagierte/>

Was braucht es jetzt?

Von demokratischen Parteien & Kommunalverwaltungen:

- **Engagierte schützen:** Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, brauchen mehr Unterstützung und Schutz – allen voran marginalisierte zivilgesellschaftliche Gruppen wie Migrant*innen oder queere Menschen.
- **Probleme demokratisch lösen:** Die in den Kommunalparlamenten vertretenen Parteien, Wähler*innen-Vereinigungen und Bürger*innen-Initiativen müssen demokratische Antworten auf aktuelle Herausforderungen finden. Rechte Narrative zu übernehmen, spielt allein der AfD in die Hände.
- **Demokratische Kommunalpolitiker*innen unterstützen:** Weil die Mehrheitsverhältnisse vielerorts schwierig sind, brauchen Kommunalpolitiker*innen Unterstützung dabei, eine demokratisch gesinnte Politik umzusetzen. Parteiverbände, kommunalpolitische Vereinigungen, aber auch die Bürger*innen müssen Amts- und Mandatsträger*innen den Rücken stärken und sich solidarisch zeigen, wenn es zu rechten Anfeindungen kommt.
- **Missverständnisse zur Neutralität aufklären:** Viele Schulen und Träger der Jugendhilfe sind verunsichert, weil sie nicht wissen, ob sie sich „neutral“ verhalten müssen. Kommunalverwaltungen sollten breit darüber aufklären, dass Institutionen und Träger nicht gegen das Neutralitätsgebot verstoßen, wenn sie sich gegen menschenverachtende Inhalte positionieren.
- **Demokratieförderung verstetigen – nicht streichen:** Im Bundeshaushalt 2025 drohen massive Kürzungen, die politische Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen, Freiwilligendienste und soziale Initiativen in ihrer Existenz bedrohen. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Förderung nicht eingespart, sondern verstetigt wird – gerade jetzt, für alle.²

Von Medien:

- **Engagierte sichtbar machen:** Medienberichte kreisen oft um die AfD und ihre extrem rechten Inhalte. Menschen, die sich für die Demokratie engagieren, kommen selten zu Wort. Ihre Erfahrungen, Sorgen und Bedarfe sollten sichtbarer werden.
- **Opfer-Narrativ der AfD nicht übernehmen:** Journalist*innen sollten nicht unkommentiert Begriffe verwenden, die die AfD für ihre Opfer-Inszenierung nutzt – etwa die Erzählung, die AfD fühle sich vom Verfassungsschutz „diffamiert“.

Von uns allen:

- **Engagierte in Ostdeutschland unterstützen:** Insbesondere in ostdeutschen Bundesländern und im ländlichen Raum stehen demokratisch Engagierte unter Druck. Sie können jede Unterstützung gebrauchen, sei es in Form von Spenden oder der Teilnahme an demokratischen Protesten – nicht nur in Großstädten wie Erfurt oder Dresden, sondern auch in kleineren Orten.
- **Mehr Solidarität für (potenziell) Betroffene:** Am stärksten betroffen von den Plänen der AfD sind marginalisierte Gruppen wie migrantisch gelesene oder queere Menschen. Sie zu unterstützen, ist das Gebot der Stunde – etwa durch die Sichtbarmachung ihrer Perspektiven oder das Eingreifen bei rassistischen Vorfällen.

² Um die Kürzungen abzuwenden, hat der Bundesverband Mobile Beratung mit rund 150 anderen Organisationen eine Petition gestartet: <https://weact.campact.de/petitions/demokratieforderung-in-gefahr-kurzungen-jetzt-stoppen-geradejetztfeuerhalle>

Zum Bundesverband Mobile Beratung (BMB)

Wir sind der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bundesweit. Die Teams unterstützen alle, die etwas gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen tun wollen – seien es Einzelpersonen, Organisationen, Schulen, Betriebe, Politiker*innen oder zivilgesellschaftliche Bündnisse. Wir als Bundesverband vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.



BMB (2024): Engagier Dich! Tipps und Empfehlungen zum Umgang mit der extrem rechten AfD



BMB, VBRG (2021): Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat – Ein Ratgeber zum Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen für Kommunalpolitiker*innen und Kommunalverwaltung

V.i.S.d.P.: Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Bundesverbands Mobile Beratung e.V.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**